



COP29 und die US-Wahlen: Wie geht es jetzt mit der Bekämpfung des Klimawandels weiter?



Virginie Derue
Head of RI Research
AXA IM

Im Überblick

- Mit einer Zusage von nur 300 Milliarden US-Dollar jährlich bis 2035 zur Unterstützung der Schwellenländer gab es auf der COP29 kaum Fortschritte.
- Wie erwartet ging es auch bei der Abkehr von fossilen Brennstoffen nicht weiter voran. In der Abschlusserklärung wurde dieses Thema noch nicht einmal erwähnt.
- Für die Verringerung der Öl- und Gasproduktion vor 2030 bedeutet das nichts Gutes, aber aus unserer Sicht könnte Chinas führende Position im Bereich grüne Technologie maßgeblich dazu beitragen, dass die USA und Europa ihre Bemühungen aufrechterhalten beziehungsweise verstärken.
- Die erneute Wahl von Donald Trump macht die Zukunft des Kampfes gegen den Klimawandel unsicherer, aber sein Einfluss auf globaler Ebene könnte durch einige Sicherheitsnetze begrenzt sein.
- Für Unternehmen stehen Wirtschaft und Finanzen im Vordergrund. Die Politik wird in den Hintergrund treten.

Magere Ergebnisse auf der COP29

Erwartungsgemäß brachte die COP29 nur wenige Fortschritte. Bei der extrem wichtigen Abkehr von fossilen Brennstoffen kam man gar nicht voran. Tatsächlich fand das Thema in der Abschlusserklärung der UN-Klimakonferenz in Baku (Aserbaidschan) keinerlei Erwähnung.¹

Jetzt richten sich alle Augen auf die Ergebnisse der aktualisierten Nationally Determined Contributions (nationale Klimaschutzbeiträge, kurz NDCs). Sie sollen auf der COP30 im brasilianischen Belém vorgestellt werden.

Auf der letzten Conference of the Parties (COP) kündigten unter anderem Großbritannien und die Vereinigten Arabischen Emirate neue NDCs an. Großbritannien will seine Emissionen bis 2035 um mindestens 81% gegenüber dem Niveau von 1990 senken. Das ist ein klarer Fortschritt. Bislang hatte das Land nur mindestens 68% bis 2030 in Aussicht gestellt.²

Ob andere Industrieländer dem Beispiel folgen, bleibt abzuwarten. Die Vereinigten Arabischen Emirate planen eine Senkung ihrer Emissionen um 47% bis 2035 ; vorher hatten sie 19% bis 2030 zugesagt (jeweils gegenüber dem Niveau von 2019). Gemäß Climate Action Tracker³ ist das neue Ziel nicht glaubwürdig und enthält auch keine Hinweise auf eine Verringerung der Öl- und Gasproduktion.

Klimafinanzierung

Die Vereinbarungen zur Klimafinanzierung und das New Collective Quantified Goal on Climate Finance (NCQG) waren ebenfalls enttäuschend.

Die Zusage, Schwellenländer bis 2035 mit 300 Milliarden US-Dollar jährlich bei der Bekämpfung des Klimawandels zu unterstützen, war deutlich niedriger als die geforderten 1,3 Billionen – keine Überraschung! Dies löste Kritik aufseiten vieler Emerging Markets aus, zumal überhaupt nicht über die Aufteilung der Summen auf Zuschüsse und Kredite oder über die Finanzierungsquellen (staatliche oder andere) gesprochen wurde.

Außerdem sollte Artikel 6⁴ des Pariser Abkommens – die Kooperationsmechanismen – überprüft werden, weil schon seit einiger Zeit diskutiert wird, ob die Emissionsgutschriften auf Grundlage korrekter Daten verteilt werden.*

Zu Artikel 6.2 wurde ein duales Registrierungssystem vereinbart, das es den Ländern ermöglicht, Minderungsergebnisse zu übertragen und für die Einhaltung ihrer NDCs anzurechnen – mit dem Ziel, Emissionssenkungen und Transaktionen zwischen Ländern zu verfolgen.

Dieses duale System soll aus einem internationalen Register⁵, also einer zentralen Plattform, bestehen, die vom Sekretariat der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) verwaltet wird und Emissionssenkungen erfasst. Andere relevante Register aus den entsprechenden Regulierungsrahmen sollen damit verknüpft werden.

Wie weithin berichtet wurde, enthält die Abschlussvereinbarung sowohl die Berichtsanforderungen als auch Vorschläge, trifft aber keine Aussage zur Verantwortung für die Qualität der übertragenen Emissionsminderungen oder -beseitigungen. Das Sekretariat kann die Daten prüfen und Unstimmigkeiten veröffentlichen, die nicht behoben werden, aber eine Bereinigung ist nicht vorgeschrieben.

Zudem ist das Risiko zwar gesunken, dass Emissionsminderungen, die aus der Privatwirtschaft im Rahmen einiger CO₂-Ausgleichsprogramme wie dem Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation (CORSIA) gemeldet werden, doppelt gezählt werden, aber es ist noch immer vorhanden.⁶ Für die Zukunft ist ein Modell geplant, das dieses Problem lösen soll, aber bis dahin werden bereits unterzeichnete Verträge ungeprüft in das Registrierungssystem einfließen.

Es gibt aber auch gute Nachrichten: Man beschloss einige wichtige Regeln für Artikel 6.4 – freiwilliger Handel mit Emissionsgutschriften zwischen Unternehmen –, insbesondere zu den Methoden der Reduzierung und des Abbaus von Emissionen.⁷ Auch hier ist noch nicht alles perfekt, und es gibt noch einiges zu tun, damit der Rahmen stimmig ist.

Dies gilt vor allem für folgende Themen:

- Flüchtigkeit: Projekte, die ihre CO₂-Speicherzusagen im angegebenen Zeitraum nicht erfüllen

- : Freisetzung der gesamten zuvor gespeicherten Menge CO₂, beispielsweise aufgrund von Waldbränden, was alle Fortschritte aufhebt
- Leckagen: Beispielsweise, wenn komprimiertes, unterirdisch gelagertes CO₂ allmählich oder plötzlich entweicht

Wir halten aber die Aufnahme einer Kontrollpflicht⁸ für zwingend erforderlich, um einen strengen Umwelt- und Menschenrechtsschutz zu gewährleisten. Dazu zählen auch ausdrückliche Zustimmungen indigener Völker.

In puncto Klimafinanzierung wurde die Auflegung des Climate Finance Action Fund (CFAF), der freiwillige Beiträge von Ländern und Unternehmen, die fossile Brennstoffe produzieren, aufnehmen soll, am Ende verschoben.⁹

Aus unserer Sicht war das Ergebnis der COP29 enttäuschend und gießt Öl ins Feuer jener, die nach einer Reform der COP insgesamt¹⁰ und darauf drängen, dass nicht mehr nur verhandelt wird, sondern man endlich die Umsetzung angeht.

Einige wichtige Maßnahmen wurden bereits formuliert, darunter die Verbesserung des Auswahlverfahrens für COP-Präsidentschaften, eine Verschlankung des gesamten Prozesses, um Tempo und Umfang zu erhöhen, sowie eine bessere Umsetzung und mehr Rechenschaftspflicht.

Trump 2.0: Ein neues Klimaproblem

Die erneute Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA hat die Welt beunruhigt – unter anderem, weil er die Förderung fossiler Brennstoffe unterstützt. Das gilt vor allem für Länder, die schon jetzt zu den weltweit größten Emittenten gehören, darunter Indien, das mehr als halb so viele Emissionen wie die USA verursacht¹¹, aber noch gar nicht vollständig industrialisiert ist.

Dadurch werden die Emissionen zwangsläufig steigen. Deshalb ist es wichtig, dass das Beispiel der USA nicht Schule macht und Emerging Markets ihre Zusagen, bis 2070 die Netto-Null zu erreichen, nicht aufweichen.

Wir sind aber der Meinung, dass die Auswirkungen der US-Wahlen auf globaler Ebene abgefedert werden könnten, und zwar aufgrund mehrerer Faktoren: strukturelle Entwicklung, finanzielle/wirtschaftliche Realitäten sowie weltweiter Fokus auf CO₂-arme Technologien und Innovationen, an dem sich nichts ändern dürfte.

Strukturelle Faktoren

In den letzten 20 Jahren sind die US-Emissionen gesunken (sowohl die Intensität als auch die Gesamtmenge) – auch unter der ersten Trump-Administration und nicht nur während der Pandemie.¹²

Wir mögen das Tempo als zu langsam kritisieren, weil viel weniger passiert, als zur Einhaltung des im Rahmen des Pariser Abkommens formulierten Ziels von „deutlich unter 2 °C“ nötig wäre, darauf verweisen, dass der wichtigste Faktor der CO₂-Reduktion der allmähliche Kohleausstieg ist und die künftige Entwicklung in Zweifel ziehen, aber: Steigen werden die Emissionen in den USA vermutlich nicht wieder. Dort weiß man sehr genau, dass China seine Führung im Bereich grüne Technologie kontinuierlich ausbaut, und es wäre ein strategischer Fehler, kampfflos das Feld zu räumen.

„Drill, Baby, drill“

Abgesehen davon, dass in den USA noch nie so viel Öl und Gas produziert wurde wie unter der Präsidentschaft Bidens, würde man mit jeglicher Beschleunigung der Produktion Überkapazitäten riskieren, und das wäre schlecht für die Preise – und damit auch für die US-Ölunternehmen. Wegen der Befürchtung einer weltweiten Überproduktion ist der Preis je Barrel Brent-Öl bereits auf fast 70 US-Dollar gesunken. Anfang 2024 lag er noch bei über 90 Dollar.¹³

Anfang Dezember kündigten acht Mitglieder der OPEC+¹⁴-Gruppe der erdölproduzierenden Länder, darunter Russland und Saudi-Arabien, an, dass sie ihre freiwilligen Förderkürzungen, auf die sie sich im April und November 2023 geeinigt hatten, bis Dezember 2026 bzw. März 2025 verlängern würden, um „die Stabilität und Ausgewogenheit der Ölmärkte zu unterstützen“.¹⁵

Aus demselben Grund verschoben sie eine geplante Anhebung der Fördermengen um ein Jahr auf September 2026. Das wirft die Frage auf, wie sich die Ölpreise ab jetzt entwickeln werden – schließlich könnten niedrige Preise die Verbraucher vom Umstieg auf nicht fossile Brennstoffe abhalten. Zugleich zeigt sich aber auch, wie instabil der Markt ist.

Dennoch hängen die Entscheidungen von Unternehmen (nicht nur aus dem Öl- und Gassektor) nicht davon ab, wer gerade am politischen Ruder sitzt. Sie entwickeln mittelfristige Strategien, und dazu müssen die Märkte prognostizierbar sein.

Schon jetzt investieren Unternehmen in die Reduktion von Methanemissionen, in die CO₂-Abscheidung und manche auch in Wasserstoff. Exxon gibt an¹⁶, auf Kostendisziplin zu setzen und sich an Break-even-Punkten zu orientieren, weshalb ein erheblicher Anstieg der Produktion unwahrscheinlich ist.

Flüssigerdgas: Exportstopp

Im Januar 2024 setzte die Biden-Administration die Erteilung neuer Exportgenehmigungen für Flüssigerdgas aus,¹⁷ um neue wirtschaftliche, ökologische und sicherheitspolitische Überlegungen zu prüfen. Das war ein beachtenswerter Schritt, weil die USA der weltweit größte Exporteur von Flüssigerdgas sind, vor Australien und Katar.¹⁸

Trump hat angekündigt, diese Entscheidung rückgängig zu machen, wenn er im Amt ist. Wenn die Prüfung aber ergibt, dass zusätzliche Exporte mehr Schaden anrichten als Nutzen bringen, oder sich die Lage geändert hat, könnte dies möglicherweise ein Fall für die Gerichte werden.¹⁹ Was neue Lizenzen am Ende wirklich bedeuten, ist deshalb zurzeit noch unklar, vor allem, weil die Errichtung der dafür erforderlichen Anlagen und Infrastruktur ihre Zeit braucht.

Der Inflation Reduction Act

Wie wir in einem früheren Beitrag geschrieben haben,²⁰ muss Trump die Dekarbonisierungssubventionen kürzen, um seine geplanten (Unternehmens-)Steuersenkungen zu finanzieren – für beides reicht das Geld nicht. Bislang steht noch nicht fest, welche Subventionen gekürzt werden, aber es gibt einige Sicherheitsnetze, die das Schlimmste verhindern könnten. Der Green Deal hat für Arbeitsplätze, Wachstum und Steuereinnahmen gesorgt, vor allem in den republikanischen Bundesstaaten.

Bis 2024 waren in republikanisch regierten Wahlkreisen bereits 165 Milliarden US-Dollar investiert worden und damit fast dreimal so viel wie in Regionen, in denen die Demokraten die Mehrheit haben.²¹ In Zukunft wird es zweifellos langsamer vorangehen, aber es ist unwahrscheinlich, dass Anlagen, die kürzlich in Betrieb genommen wurden, plötzlich wieder geschlossen oder begonnene Projekte gestoppt werden. Vor den Senatswahlen im November 2026 wäre dies nämlich ein politischer Fehler.

Weltweiter Fokus auf grüne Technologien

Der Markt für CO₂-arme Technologien ist wie gesagt zweifellos einer der dynamischsten weltweit. Aus strategischen Gründen können Trump und US-Unternehmen China das Feld nicht kampfflos überlassen. Trump ist pragmatisch, und wir gehen davon aus, dass US-Firmen hart verhandeln werden, um sich Gehör zu verschaffen, zumindest teilweise.

Außerhalb der USA ist die Energiewende auf einem guten Weg. Die Technologien sind wirtschaftlicher geworden, und viele sind bereits wettbewerbsfähig. Das ist die Realität und hat nichts mit Politik zu tun. Ja – Zollandrohungen sind ein erheblicher Unsicherheitsfaktor. Sie können einige Fertigungssektoren wie die Automobilindustrie (Elektrofahrzeuge und Batterien) sowohl in den USA als auch in Europa aus dem Tritt bringen.

Trump und die Umwelt

Alles spricht dafür, dass Trump schneller und entschlossener regieren wird als während seiner ersten Amtszeit, als er über 100 Umweltgesetze abschaffte²², vor allem solche, die sich auf Luftverschmutzung und Emissionen, Öl- und Gasbohrungen und -förderung sowie auf die Infrastruktur bezogen.

Wenn er anfangen würde, die Förderlizenzen in der Arktis auf Schutzgebiete auszuweiten, könnte das dem Planeten erheblich schaden. Ob die schon jetzt spürbaren Folgen des Klimawandels und der mit einer solchen Förderung einhergehende Anstieg der wirtschaftlichen oder sozialen Kosten eine solche Entscheidung verhindern, ist nicht sicher, kann aber nicht ausgeschlossen werden.

Abgesehen von Bohrungen in der Arktis hat das bekannte „Projekt 2025“, das von einigen rechten Politikern ins Leben gerufen wurde, bereits angestoßen, Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS) nicht mehr länger als gefährliche Chemikalien einzustufen. Obwohl dieses Projekt unter den Republikanern nicht mehrheitsfähig war, veranschaulicht es das Problem deutlich. Aus unserer Sicht bedeutet dies einen Stopp weiterer Entwicklungen auf diesem Gebiet, unabhängig davon, wie schädlich diese „Ewigkeitschemikalien“ für Mensch und Umwelt sein mögen.

In puncto Automobilemissionen haben wir dagegen noch Hoffnung. Berichten zufolge hat der Automobilssektor während Trumps erster Amtszeit die Bundesgesetze umgangen. Um ihre Auswirkungen zu begrenzen, wurde direkt mit den einzelnen Bundesstaaten verhandelt. Dies könnte erneut geschehen, aber diesmal sind alle in den USA besser auf eine solche Möglichkeit vorbereitet als 2016 und – wie zu hören ist – bereit, die bisherigen Bundesgesetze auf Staatenebene einzuhalten.

Wie beim Thema Klimawandel sind auch hier Kräfte aus Realwirtschaft und Gesellschaft am Werk: Luftverschmutzung und sauberes Wasser werden in der Öffentlichkeit immer wichtiger.

Lee Zeldin, der von Trump zum Leiter der US-Umweltschutzbehörde (Environmental Protection Agency) ernannt wurde, hat dies in seinen Reden angesprochen und klar darauf hingewiesen, dass das Wiedererlangen der Energieführerschaft und der Schutz des Zugangs zu sauberer Luft und sauberem Wasser Hand in Hand gehen müssen.

Es ist deshalb schwer zu glauben, dass die Deregulierung extrem schädlichen Praktiken in diesen Bereichen Tür und Tor öffnen wird.

Nahezu sicher ist aber, dass die wissenschaftliche Forschung drastisch zurückgefahren wird, mehr Klimaskeptiker in wichtige Positionen berufen werden und jegliche Weiterentwicklung von Umweltschutzmaßnahmen gestoppt wird.

Bei aller Unsicherheit steht eines fest

Unabhängig von Politik, Reden und lokalen Sicherheitsnetzen auf bundesstaatlicher Ebene sind die Auswirkungen der US-Wahlen vor allem eines: unsicher. Handels- und Zollthemen verkomplizieren die Sache, und es bleibt abzuwarten, wie es damit weitergeht und was sie für die Welt bedeuten.

Klar ist aus unserer Sicht indes, dass diese US-Wahlen Europa dazu veranlassen sollten, die Elektrifizierung seiner Wirtschaft voranzutreiben.

Neben den Vorteilen für die Dekarbonisierung wäre dies gut für das Wachstum, ganz zu schweigen von so wichtigen Dingen wie Energiesicherheit, nationaler Eigenständigkeit und Einfluss auf die Weltpolitik.

¹[cma2024_L24_adv.pdf](#)

²[Written statements - Written questions, answers and statements - UK Parliament](#)

³[2035 NDC | Climate Action Tracker](#)

⁴[Article 6 - Cooperative Implementation | UNFCCC](#)

⁵[Guidance on cooperative approaches referred to in Article 6, paragraph 2, of the Paris Agreement and in decision 2/CMA.3](#)

⁶[FAQ: Fixing Article 6 carbon markets at COP29 - Carbon Market Watch](#)

⁷[A6.4-SBM014-A05](#)

⁸[Mandatory Environmental and Human Rights Safeguards Agreed for UN Carbon Market | UNFCCC](#)

⁹[COP29 Day Four: Azerbaijan's fund on backburner and no finance progress](#)

¹⁰[COP talks need reform and other nature stories you need to read | World Economic Forum](#)

¹¹[CO2 Emissions by Country - Worldometer](#)

¹²[U.S. CO2 emissions by year 2023 | Statista](#)

¹³[Brent crude oil - Price - Chart - Historical Data - News](#)

Die ¹⁴ OPEC+ besteht aus den zwölf Mitgliedern der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) plus zehn weiteren wichtigen Ölexporteuren. Ihr Hauptziel ist die Regulierung der internationalen Ölmärkte.

¹⁵[OPEC : Press Releases](#)

¹⁶[Exxon Pours Cold Water On Trump's "Drill, Baby, Drill" Plans | OilPrice.com](#)

¹⁷[FACT SHEET: Biden-Harris Administration Announces Temporary Pause on Pending Approvals of Liquefied Natural Gas Exports | The White House](#)

¹⁸[Global trade in liquefied natural gas continued to grow in 2023 - U.S. Energy Information Administration \(EIA\)](#)

¹⁹[Biden Rushing Study That Threatens to Slow Trump's LNG Plans \(3\)](#)

²⁰[Paying Tax Cuts with Carbon | AXA IM Corporate](#)

²¹[The surprising winners — and losers — of America's clean energy boom - Washington Post](#)

²²[The Trump Administration Rolled Back More Than 100 Environmental Rules. Here's the Full List. - The New York Times](#)

*** CO₂-Emissionsgutschriften oder CO₂-Ausgleich bezogen auf die Minderung oder Beseitigung von Kohlenstoffemissionen gemessen in Tonnen CO₂-Äquivalente (tCO₂e). Emissionsgutschriften erhält man für Projekte, die der Atmosphäre CO₂ entziehen oder die Menge der Emissionen, die in die Atmosphäre gelangen, mindern. CO₂-Märkte ermöglichen den Kauf, Verkauf, Transfer und Austausch von Emissionsgutschriften. Quelle: What are carbon credits?**

Risikohinweise

Bildquelle: Getty Images